

## 12. Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg: Braucht die Demokratie Denkmäler?

**Veranstalter:** Stiftung Ettersberg; Landeszentrale für politische Bildung Thüringen  
**Datum, Ort:** 18.10.2013-19.10.2013, Weimar  
**Bericht von:** Manuel Leppert, Stiftung Ettersberg, Weimar

Seit 2002 lädt die Stiftung Ettersberg jedes Jahr im Herbst zu ihrem Internationalen Symposium nach Weimar ein, um mit Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland Fragestellungen der Diktatur- und Transformationsforschung in vergleichender Perspektive zu diskutieren. Das traditionsreiche und nunmehr 12. Internationale Symposium, das die Stiftung Ettersberg in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen veranstaltete, widmete sich in diesem Jahr dem Thema „Denkmäler demokratischer Umbrüche nach 1945“. Im Zentrum der zweitägigen Konferenz stand die Frage, ob die Demokratie überhaupt Denkmäler braucht, welche Funktionen sie haben können und wie die Überwindung von Diktaturen sich über Erinnerungsdaten hinaus in Gedenkstätten und Denkmälern manifestiert hat.

In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende der Stiftung Ettersberg HANS-JOACHIM VEEN (Weimar), dass das Gedenken in denjenigen Ländern eine doppelte Ausprägung erfährt, deren Nationalgeschichte durch diktatorische Regime verzerrt worden sei. In Anlehnung an Reinhart Koselleck gilt es einerseits den Opfern von Diktaturen („negative Denkmäler“), gleichzeitig aber auch der Erinnerung an Widerstand, Befreiung und demokratischen Aufbrüchen zu gedenken („positive Denkmäler“). Stellvertretend für die Form des doppelten Gedenkens stehen in Thüringen die KZ-Gedenkstätte Buchenwald sowie die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt.

Der Bipolarität des Gedenkens widmete sich im Anschluss auch der Vortrag von RICHARD SCHRÖDER (Berlin). Wodurch sich das „Gedenken in der Demokratie“ in besonderer Weise auszeichnet, ist die „politische Freiheit im Kontrast zur politischen Unfreiheit“. Am Beispiel der Friedlichen Revolution

skizzierte Schröder die Gründe, Defizite und Gefahren der deutschen Gedenkkultur seit der Wiedervereinigung. So zeichnet sich diese durch drei zentrale Mängel aus: 1. Opposition und Widerstand in der DDR stehen in der öffentlichen Wahrnehmung weit hinter Repression und Teilung zurück. 2. Das letzte DDR-Jahr, also die Zeitspanne zwischen Herbst 1989 bis zum 3. Oktober 1990, spielt in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik eine untergeordnete Rolle. Als Beispiel nannte Schröder die Arbeit der frei gewählten Volkskammer. 3. Die wirtschaftliche Seite der DDR wird unterbelichtet mit der Folge, dass sich daraus der Mythos speist, Westdeutschland habe die DDR-Wirtschaft kaputt gemacht. Wesentliche Gefahren für die deutsche Erinnerungskultur sieht Schröder in der Verharmlosung und Skandalisierung der SED-Diktatur.

Während Schröder einen eher problemorientierten Ansatz wählte, lag der Fokus des folgenden Vortrags des Historikers CHRISTOPH CORNELISSEN (Frankfurt am Main) eher auf historischen Entwicklungsprozessen und Epochen bei der Herausbildung von (National)Denkmälern und Mahnmalen: Ausgehend von der Amerikanischen und Französischen Revolution über die Rolle von Nationaldenkmälern in der Zwischenkriegszeit bis hin zur Entwicklung nach Ende des Zweiten Weltkrieges präsentierte Cornelißen einen historischen Abriss zur „Erinnerungskultur in Stein“ und über die Art und Weise, wie verschiedene Nationen ihrer Staatsgründungen bzw. ihrer demokratischen Umbrüche in Monumenten Ausdruck verliehen haben. Dabei wurde deutlich, dass Denkmäler das Ergebnis einer schwierigen Konsensbildung sind.

Einen ersten visuellen Einblick lieferte die Kunsthistorikerin STEFANIE ENDLICH (Berlin) mit ihren durch zahlreiche Fotos angeereicherten Ausführungen zu Denkmälern und Mahnmalen, die an die Opfer der NS-Diktatur erinnern. Dabei bezog Endlich nicht nur die alte Bundesrepublik in ihre Betrachtungen ein, sondern auch die DDR und das wiedervereinigte Deutschland.

Welche Rolle Denkmäler und Erinnerungsorte in den postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas nach 1989/1990 einnehmen, war Gegenstand der sich anschließenden Kurzvorträge mit Bildpräsentationen zu Li-

---

tauen, Lettland und Ungarn. Hierzu referierten ALVYDAS NIKŽENTAITIS (Vilnius), VALTERS NOLLENDORFS (Riga) und MÁRIA SCHMIDT (Budapest). In seiner Präsentation zu Litauen knüpfte Nikžentaitis zunächst an die Ausführungen von Schröder und Cornelißen an, die auf die Unterscheidung von „homogener“ und „konkurrierender Erinnerungskultur“ hingewiesen haben. Gerade in Osteuropa erfährt die Ausprägung von Erinnerungskulturen Komplexität infolge politischer Umwälzungsprozesse und staatlicher Geschichtspolitik, sodass von einer Homogenität der Erinnerung keine Rede sein kann. Exemplarisch dafür stehen in Litauen der Palast der Großfürsten, der 2005 bis 2009 wiedererrichtet wurde und die Rückbesinnung auf die Zeit des Großfürstentums Litauen symbolisiert, sowie das Museum der Opfer des Genozids in Vilnius (1992 errichtet), das an die Okkupationszeit und die Deportation litauischer Bürger in sowjetische Lager sowie an die Befreiung von (sowjetischer) Fremdherrschaft erinnert.

In seinen Ausführungen zu Lettland präsentierte Nollendorfs anschaulich eine Vielzahl von Denkmälern und Erinnerungsorten in ihren unterschiedlichen ästhetischen Ausprägungen. Gleichzeitig aber lenkte Nollendorfs das Augenmerk auf das Rigaer Freiheitsdenkmal, das wie kein zweites in Lettland an die Vergangenheit und die Zukunftsfähigkeit des jungen Nationalstaates erinnert und stellvertretend für die wechselhafte Geschichte Lettlands steht. Zur Zeit einer parlamentarischen Demokratie mit dem Bau 1931 begonnen, fiel dessen Fertigstellung 1935 in die Zeit eines autoritären Regimes. Anders als viele andere Erinnerungsorte überdauerte dieses Denkmal auch die kommunistische Herrschaft.

Die nicht immer eindeutige Unterscheidung in Denkmäler, Mahnmale, Gedenkstätten und Erinnerungsorte verkörpert das in Budapest beheimatete Haus des Terrors. Dieses in Budapest beheimatete Museum, darauf wies Mária Schmidt in ihren Betrachtungen zu Denkmälern in Ungarn sehr eindringlich hin, ist ein zentraler Ort nationalen Gedenkens, da es gleichzeitig als Gedenkstätte fungiert. Generell lässt sich beobachten, dass der jetzige Fokus der Erinnerungskultur in allen

drei Ländern sehr stark auf die (sowjetische) Fremdherrschaft konzentriert ist.

Mit den Länderberichten zu Polen, Tschechien und der Slowakei rückten zu Beginn des 2. Konferenztags erneut drei postkommunistische Staaten Ostmitteleuropas in den Fokus. Im Gegensatz zu TOMÁŠ VILÍMEK (Prag) und PETER ŠVORC (Prešov), die sich in ihren Vorträgen zu Tschechien bzw. der Slowakei vorrangig auf Denkmäler und Mahnmale konzentrierten, können für KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ (Wroclaw) auch der Runde Tisch oder die berühmte Rede von Lech Wałęsa im November 1989 vor dem amerikanischen Kongress zentrale Erinnerungsorte („lieux de mémoire“) im Sinne des Begriffsverständnisses der französischen Historiker Pierre Nora und Étienne François sein.

Gemeinsam war diesen Vorträgen, dass überwiegend „negative Denkmäler“ präsentiert wurden, also Mahnmale, die an die Besetzung und die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft erinnern. Einen Kontrapunkt zu dieser Art der Erinnerungskultur setzte schließlich das Panel zu Denkmälern und Erinnerungsorten der Demokratie in Deutschland – stellvertretend hier die Orte Berlin, Leipzig und Erfurt.

Über die Idee, die Notwendigkeit aber auch die Kontroversen zur Errichtung eines deutschen Nationaldenkmals, referierten für das Beispiel des Berliner Denkmals für Einheit und Freiheit ANDREAS H. APELT (Berlin) und des Leipziger Freiheitsdenkmals RAINER ECKERT (Leipzig). Anders als bei diesen geplanten Nationaldenkmälern, darauf wies PETER MASER (Bad Kösen) in seinen Ausführungen zu Erfurt hin, kam die Errichtung des Kubus der Friedlichen Revolution als Teil der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße auch ohne eine Bürgerbeteiligung oder einen künstlerischen Wettbewerb aus. Nach anfänglicher Skepsis in Politik, bei den Opferverbänden und Bürgerrechtlern hat dieser sich gerade auch wegen seiner innovativen und ironisierenden Form als Folge der im Graphic Novel-Stil auf der Außenfassade des Kubus erzählten Geschichte der Friedlichen Revolution in Thüringen zu einem „Schatzkästchen der Erinnerung“ entwickelt, auch mit überregionaler Strahlkraft für den Freistaat Thüringen.

Um Grundsatzfragen kreiste die abschließende Podiumsdiskussion. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob die Demokratie überhaupt Denkmäler braucht und was das Spezifische an Denkmälern in der heutigen Demokratie ist. ANNA KAMINSKY (Berlin) betonte, dass eine Demokratie Denkmäler nicht unbedingt braucht, vielmehr gebraucht sie diese, wie andere politische Regime auch, um politischen Sinn zu stiften. Gleichzeitig aber benötige die Demokratie durchaus Denkmalprojekte, um gesellschaftliche Debatten anzustoßen. Kaminsky betonte die gestiegene Erwartungshaltung, die an diese gestellt werden. Diese äußere sich unter anderem in der Frage nach einer angemessenen Formensprache, der Eindeutigkeit ihrer Botschaften, der Konsensfähigkeit und Identitätsstiftung, des richtigen Umgangs mit Gedenken sowie der wissenschaftlichen Haltbarkeit ihrer Aussagen, die es zu vermitteln gelte.

Dass Denkmäler für die von Kaminsky genannten Funktionen möglicherweise das falsche Instrument sind, verdeutlichten auch die Ausführungen des Kunsthistorikers und designierten „Denkmalskeptikers“ MICHAEL DIERS (Berlin). In den geplanten Freiheits- und Einheitsdenkmälern in Berlin und Leipzig sieht Diers die Gefahr der Zementierung einer politischen Ideologie. Gerade diese Erinnerungsorte stehen nach Diers in der typischen Tradition eines Denkmalmodells des 18. und 19. Jahrhunderts. Vielmehr sollten doch andere Ausdrucksformen der Zeichensetzung gewählt werden als in Beton und Stahl manifestierte Denkmalprojekte.

In eine ähnliche denkmalkritische Richtung zielten auch die Ausführungen von Peter Maser als er die „unüberlegte und vor allem auch überdimensionierte“, gar inflationäre Errichtung von Denkmälern kritisierte. Diese habe zu einem regelrechten Denkmalboom in der Bundesrepublik geführt. Maser plädierte für eine Abkehr des Monumentalen und die Hinwendung zu mehr Bescheidenheit bei der Errichtung von Denkmälern. Stelen oder Stolpersteine seien hierzu die geeigneteren Ausdrucksformen.

VOLKHARD KNIGGE (Weimar) plädierte schließlich für die Erweiterung oder gar Abkehr des klassischen Denkmalbegriffs. Es gibt nicht nur ein Denkmal für *einen* Zweck. Das

klassische Denkmal des 18. und 19. Jahrhunderts war eine vordemokratische Erfindung, quasi ein auf Zustimmung und Identifikation abzielendes „gesinnungsverordnendes Medium“. Ein Denkmal aber, ganz gleich ob dieser Begriff überhaupt noch zeitgemäß sei, sei wesentlicher Bestandteil demokratischer Kultur und müsse für Diskurse, Debatten, Kontroversen und Pluralität kompatibel gemacht werden. Reflexion, Abstraktion, Kommunikation, aber auch Irritation sollten Kennzeichen demokratischer Denkmäler sein – also letztlich Denkmäler, die Menschen zu Denkanstößen verleiten.

So einhellig die Errichtung von monumentalen Denkmälern unter den Diskutanten des Podiums auf Ablehnung stieß, und so viel Richtiges und Notwendiges über die Rolle und Funktion von Denkmälern und Erinnerungsorten in der Demokratie im Allgemeinen diskutiert wurde, so einseitig war doch das Plenum ausschließlich mit (Kunst)Historikern besetzt gewesen. So mancher Beobachter hätte sich gewünscht, auch einen Architekten zu Wort kommen zu lassen, schließlich sind es oft diese nicht immer zu beneidenden Baukünstler, die den Deutungsansprüchen von Politikern und historischen Fachkommissionen gerecht werden müssen.

### Konferenzübersicht:

Hans-Joachim Veen (Weimar), Begrüßung

Richard Schröder (Berlin), Gedenken in der Demokratie

Christoph Cornelißen (Frankfurt am Main), Erinnerungskultur in Stein: Nationsdenkmäler in Demokratien seit der Amerikanischen Revolution

Stefanie Endlich (Berlin), Denkmäler und Mahnmale zur NS-Diktatur

\_Denkmäler und Erinnerungsorte der Demokratie in Ostmitteleuropa nach 1989/90 – Kurzvorträge mit Bildpräsentationen, Teil 1\_

Valters Nollendorfs (Riga), Lettland

Alvydas Nikžentaitis (Vilnius), Litauen

Mária Schmidt (Budapest), Ungarn

\_Denkmäler und Erinnerungsorte der Demokratie in Ostmitteleuropa nach 1989/90 –

---

Kurzvorträge mit Bildpräsentationen, Teil 2\_

Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław), Polen

Tomáš Vilímek (Prag), Tschechien

Peter Švorc (Prešov), Slowakei

\_Denkmäler und Erinnerungsorte der Demokratie in Deutschland nach 1989/90 –  
Kurzvorträge mit Bildpräsentationen\_

Andreas H. Apelt (Berlin), Berlin – Denkmal für Einheit und Freiheit

Rainer Eckert (Leipzig), Leipzig – Freiheitsdenkmal

Peter Maser (Bad Kösen), Erfurt – Kubus der Friedlichen Revolution, Andreasstraße

*Podiumsdiskussion: Braucht die Demokratie Denkmäler?*

Joachim von Puttkamer (Jena), Moderation

Anna Kaminsky (Berlin)

Peter Maser (Bad Kösen)

Michael Diers (Berlin)

Volkhard Knigge (Weimar)

Franz-Josef Schlichting (Erfurt), Schlusswort

Tagungsbericht 12. *Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg: Braucht die Demokratie Denkmäler?* 18.10.2013-19.10.2013, Weimar, in: H-Soz-u-Kult 06.03.2014.